



Haushaltsanträge der Piratenfraktion zum Haushalt 2013

**Dr. Joachim Paul, Fraktionsvorsitzender
und
Robert Stein, Finanzpolitischer Sprecher**

26.02.2013



Schwerpunkt: Open Government

- Öffentliche Ausschreibung für eine „Kommune 2.0“
- Einsatz von Open Source Projekten
 - Zum Beispiel: „Offeneskoeln.de“ (Visualisiertes Ratsinformationssystem), „Liquid Feedback“ (Meinungsfindungsinstrument), Ratsstreaming (Videos von allen Ratssitzungen zum Nachgucken), Haushaltsvisualisierung nach „openspending.org“, „Fix my street“ (Plattform zum Dialog zwischen Verwaltung und Bürgern)
- Ansatz beruht auf den drei Säulen des Open Government:
 - Transparenz (Bürger informieren)
 - Partizipation (Bürger können Wissen einbringen)
 - Kollaboration (Bürger und Verwaltung arbeiten Hand in Hand)
- Umstellung der Softwareprodukte in der Verwaltung auf Open Source-Alternativen (großes Einsparpotenzial)
- Fazit: Durch den Einsatz unterschiedlicher Projekte, die die Bürger bereits auf den Weg gebracht haben, kann beispielhaft an einer Kommune der große Nutzen moderner Verwaltungen erprobt werden. Dabei wird evaluiert welches Potenzial für die Übertragung des Projekts auf alle Kommunen in NRW existiert.



Antrag: Open Government

Modellprojekt: Kommune 2.0

Das Geld soll zur Finanzierung einer Ausschreibung unter allen Kommunen genutzt werden. Die gesuchte Modell-Kommune 2.0 soll die volle Bandbreite an neuen Technologien einsetzen, um das volle Potenzial von Open Data und Open Government zu testen. Dabei sollen wichtige Erkenntnisse zur flächendeckenden Einführung solcher Strukturen im ganzen Land gesammelt werden. Vorrangig geht es um die Umsetzung von Best-Practice-Beispielen. Beispielhaft sind die Projekte „Liquid Feedback“ (online (Meinungsfindungsinstrument)), „Offenes Köln“ (Visualisiertes Ratsinformationssystem), die Open Data-Portalsoftwarelösung „ckan“, die Projektmanagementsoftware "Redmine", sowie Projekte zum Aufbau der Barrierefreiheit wie Einführung von Ratsstreaming mit Hilfe von OwnTube (Videos von allen Ratssitzungen zum Nachgucken) oder einer Haushaltsvisualisierung nach dem Beispiel der Plattform OpenSpending.org.

Die ausgewählte Kommune muss garantieren, alle Maßnahmen im vollen Umfang zu unterstützen und alle benötigten Informationen und Zugänge zu Datenbanken zur Verfügung zu stellen. Im Gegenzug werden alle technische Implementierungen im Rahmen des Projekts vom Ministerium ausgeführt und Schulungen für Personal und Bürger organisiert.

Je nach Größe der Kommune kann zusätzlich noch erwogen werden, die Umstellung der Gemeinde-IT auf Open-Source-Lösungen zu fördern.

Abschließend muss ein Bericht mit den gewonnenen Erkenntnissen angefertigt werden, um eine Prozessoptimierung zur Umsetzung dieses Konzepts auf andere Kommunen voranzutreiben.

Kapitel: 03 020, Titel: Neuer Titel

Mehrausgaben: 150.000 Euro



Schwerpunkt: Bildung

- Produktion von Schulbüchern, die unter einer freien, nichtkommerziellen Lizenz veröffentlicht werden für die 1. Klasse in Deutsch und Mathematik.
- Open Access: Alle Ergebnisse öffentlich bezahlter Forschung sollen kostenfrei für alle zur Verfügung gestellt werden.
- Warum?
 - Im Bildungskontext soll die Mediennutzung frei von Urheberrechtsabgaben erfolgen können. Bildung ist ein viel zu wichtiges Gut, um es unnötig vielen Einschränkungen zu unterwerfen.
 - Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ des Deutschen Bundestages: „Die Enquete-Kommission empfiehlt den Ländern und Hochschulen, sowohl die Förderung von Open Educational Resources, also der Herstellung, Verbreitung und Nutzung frei zugänglicher sowie offen weiter entwickelbarer Bildungs- und Studienmaterialien, als auch die Förderung von Open Courseware zur Unterstützung der Lehre...“ (Ausschussdrucksache 17 (24) 052, S. 13)
 - Allein für die Bücher der Grundschüler gibt das Land jährlich geschätzt ca. 16 Mio. Euro aus. Wir meinen, dass man mehr für das Geld bekommen kann, wenn man es gezielt in die Förderung von Lernmitteln unter freien Lizenzen investiert.



Antrag: Bildung (1/5)

Ideenwettbewerb für Schulbücher unter freier Lizenz

Um die Produktion von Schulbüchern unter freier Lizenz anzuregen, sollen Ideenwettbewerbe für ein Sprach- und Lesebuch und ein Mathematikbuch für Grundschule Klasse 1 ausgeschrieben werden.

Die Auslobung von Preisgeldern für Ideenwettbewerbe ist eine Möglichkeit zur öffentlichen Förderung kreativer Leistungen. Ähnlich wie bei den Architekturwettbewerben könnte man auch bei der Erarbeitung von Schulbüchern verfahren. Die Auszahlung des ersten Preis wäre hier daran geknüpft, dass der ausgezeichnete Entwurf tatsächlich umgesetzt und unter freier Lizenz veröffentlicht wird.

Kapitel: 05 020, Titel: Neuer Titel

Mehrausgaben: 100.000 Euro



Antrag: Bildung (2/5)

Ideenwettbewerb für Schulbücher unter freier Lizenz

Aufstockung des Ansatz für die Medienberatung NRW auf 240.954 Euro. Dies ist der Betrag, der zwischen der Landesregierung und den Landschaftsverbänden im Kostenplan vereinbart ist.

Die Medienberatung NRW wird anteilig durch das MSW und die Landschaftsverbände finanziert. Durch die Kürzung ist das Sachmittelbudget so knapp, dass die Medienberatung ihre Aufgaben nur noch eingeschränkt wahrnehmen kann.

Kapitel: 05 020, Titel: 686 61

Mehrausgaben: 66.354 Euro



Antrag: Bildung (3/5)

Landesregierung soll Plan für Reform der Ausbildung von PTAs vorlegen

Mit der Erhöhung des Baransatzes soll die freiwillige Förderung der Landesregierung für die Lehranstalten zur Ausbildung von pharmazeutisch-technischen Assistenten (PTA) solange sichergestellt werden bis die Regierung einen Plan zur Reform der Ausbildung vorlegt. Die von der Landesregierung geplante Reduzierung der Förderung ohne Plan wird zurückgenommen.

Eine Umstellung auf die Duale Ausbildung würden wir unterstützen. Wenn die Landesregierung dies plant, soll sie erst dafür einen Vorschlag vorlegen und erst danach das Geld streichen. Erst Geld streichen, abwarten was passiert und anschließend vielleicht ein Gesetz vorzulegen erscheint uns gegenüber den Schülerinnen und Schülern der PTA-Ausbildung, die die leidtragenden sind, verantwortungslos.

Kapitel: 15 044, Titel: 686 61

Mehrausgaben: 500.000 Euro



Antrag: Bildung (4/5)

Open Access

Der Aufbau einer Open-Access-Plattform für wissenschaftliche Forschungsergebnisse aus den landeseigenen Hochschulen ist unerlässlich. Der freie Zugang zu Wissen in Form von Publikationen oder Datenmaterial aus Grundlagenforschung ist ein Bestandteil der Wirtschaftsförderung moderner Zivilgesellschaften.

So kann das volle Potenzial der Innovationskraft solcher staatlich finanzierten Forschungsergebnisse erzielt werden und der Zugang zu Wissen ist der breiten Bevölkerung ermöglicht.

In Zukunft können dort einfach und schnell hochwertige Beiträge in Form von Publikationen oder Datensammlung kostenlos veröffentlicht werden. Dank moderner Peer-Review-Prozesse können dort unsaubere oder qualitativ minderwertige Veröffentlichungen schnell erkannt werden. Spätestens seit GuttenPlag hat die freie Netzgemeinde bewiesen wie sich kollaboratives Arbeiten auch im wissenschaftlichen Bereich immer stärker durchgesetzt und bewiesen hat.

Kapitel: 06 100, Titel: 686 60

Mehrausgaben: 250.000 Euro



Antrag: Bildung (5/5)

Reserve für den U3-Rechtsanspruch

Ab 1. August 2013 haben Eltern einen Rechtsanspruch auf einen U3-Platz ab dem vollendeten 1. Lebensjahr. Bis zu diesem Datum werden voraussichtlich nicht genug Plätze vorhanden sein.

Aus diesem Titel sollen Kommunen vor Allem unterstützt werden, um unbürokratisch Schadenersatz zu leisten.

Kapitel: 07 040, Titel: neuer Titel

Mehrausgaben: 5 Mio. Euro



Schwerpunkt: ÖPNV / Infrastruktur

- Öffentlicher Personennahverkehr
 - Langfristiges Ziel: Flatrate für den öffentlichen Personennahverkehr
 - Unter Einbeziehung aller Kosten (auch des privaten Autos) ist der öffentliche Personennahverkehr günstiger, als Straßen neu zu bauen.
 - Einstieg: Ideenwettbewerb, um beste Modelle herauszufinden und zu erproben

- Breitbandausbau, insbesondere auf dem Land fördern (7 Mio. Euro)
 - Schnelles Internet mit mehr als 50 Mbit/s steht im ländlichen Raum nur 33,4 Prozent der Haushalte zur Verfügung.
 - Ein Breitbandanschluss gehört heutzutage zur öffentlichen Daseinsvorsorge und sichert Bürgern die gesellschaftliche Teilhabe. Gleichzeitig ergeben sich beim Breitbandausbau positive Effekte für den Wirtschaftsstandort und verhindert eine schleichende Abwanderung von Unternehmen aus dem ländlichen Raum



Antrag: ÖPNV

Ideenwettbewerb „Fahrscheinloser öffentlicher Personennahverkehr“

Langfristiges Ziel ist es, eine allgemeine Flatrate für den öffentlichen Personennahverkehr einzuführen, die von allen Bürgern getragen wird. Unter Einbeziehung aller Kosten (auch des privaten Autos) ist der öffentliche Personennahverkehr günstiger, als Straßen neu zu bauen.

Als Einstieg soll das Land einen Ideenwettbewerb für Kommunen und Regionen ausschreiben, um beste Modelle zu erproben.

Kommunen/Regionen bewerben sich mit einer innovativen Ideenskizze. Der Wettbewerb ist mit insgesamt 5 Mio. € dotiert. Wichtig ist die Einbeziehung unterschiedlicher Nutzergruppen und Nutzungszwecke. Co-Finanzierung durch Einbindung Dritter ist ausdrücklich erwünscht. Die Skizze muss umsetzungsorientiert sein: die enthaltenen Aussagen zur langfristigen Strategie und zur Übertragbarkeit müssen nachvollziehbar sein. Die wissenschaftliche Begleitung und Evaluierung ist fester Bestandteil von Wettbewerbsplanung und -durchführung.

Kapitel: 09 110, Titel: neuer Titel

Mehrausgaben: 5 Mio. Euro



Antrag: Infrastruktur

Breitbandförderung

Für die Umsetzung der Breitbandstrategie des Landes (50 Mbit/s für alle Haushalte bis 2018) bedarf es größerer Anstrengungen bei der Förderung des Breitbandausbaus seitens der Landesregierung.

Gesellschaftliche Bedeutung von Breitband-Internet: Ein Breitbandanschluss gehört heutzutage zur öffentlichen Daseinsvorsorge und sichert Bürgern gesellschaftliche Teilhabe. Gleichzeitig ergeben sich beim Breitbandausbau positive Effekte für den Wirtschaftsstandort und eine schleichende Abwanderung von Unternehmen aus dem ländlichen Raum kann entgegengewirkt werden.

Situationsanalyse: In Nordrhein-Westfalen sind im ländlichen Raum 8,3 Prozent der Haushalte von einer Breitband-Grundversorgung nach Definition der Landesregierung (mindestens 2 Mbit/s) abgeschnitten. Bei einer Definition der Grundversorgung von mindestens 6 Mbit/s sind bereits 23,5 Prozent der Haushalte nicht abgedeckt. Schnelles Internet mit mehr als 50 Mbit/s steht im ländlichen Raum nur 33,4 Prozent der Haushalte zu Verfügung.

Handlungsbedarf: Mit der derzeitigen Höhe der Fördermittel werden die Ausbauziele nicht erreicht. Eine Aufstockung der Mittel ist daher nötig. Durch diesen neuen Haushaltsposten soll sichergestellt werden, dass das Wirtschaftsministerium eine vergleichbare Breitbandförderung durchführt wie es bereits über die Töpfe des Landwirtschaftsministeriums geschieht. Durch die Ansiedlung im Haushalt des Wirtschaftsministeriums wird sichergestellt, dass Synergieeffekte (Anschluss von Gewerbegebieten, simultaner Ausbau im halbstädtischen Raum) genutzt werden können, was bei Förderprogrammen für den ländlichen Raum nicht der Fall ist.

Kapitel: 14 730, Titel: neuer Titel

Mehrausgaben: 7 Mio. Euro



Antrag: Kultur

Förderung von Hackerspaces

Hackerspaces sind soziokulturelle Zentren, die sich an alle Alters- und Bevölkerungsgruppen richten. Hierbei steht der breite Austausch von Wissen im Bereich Technik, Kultur, Handwerk und kreativer Ökonomie im Mittelpunkt. In NRW gibt es derzeit etwa 12 solcher Einrichtungen. In 18 weiteren NRW-Großstädten gibt es Potenzial und Bedarf.

Die jeweiligen Hackerspaces spezialisieren sich meist auf ausgesuchte Kerngebiete wie die Netzwerktechnik, kreative Projekte im Bereich Medien- und Bildender Kunst, Co-Working oder auch dem Handwerk. Hierbei sind nebst innovativen Herstellungsprozessen mit 3D-Druckern auch klassische Handwerkstechniken und Handarbeit (z. B. Stricken, Kochen, Kunsthandwerk) Gegenstand der einzelnen Projekte.

Der Austausch findet im Rahmen von Workshops, Vorträgen und offenen Informationsveranstaltungen statt. Hackerspaces operieren nach dem Open-Source-Prinzip. Dies bedeutet, dass die Arbeit und die Ergebnisse der Projekte der Mitglieder wieder in die Gesellschaft zurückgegeben werden.

Der Ansatz wurde basierend auf dem durchschnittlichen jährlichen Bedarf von 22.284 EUR pro Hackerspace ermittelt. Die gewünschte Förderhöhe würde demnach etwa 20% des jährlichen Finanzierungsbedarfs betragen.

Kapitel: 07 050, Titel: neuer Titel

Mehrausgaben: 133.700 Euro



Antrag: Umwelt

Keine Förderung von Atomanlagen

Wir fordern, dass das Land keine Hilfen für die Atomkraft leistet, auch nicht zum Rückbau. Dafür soll der Eigentümer aufkommen. Rot-Grün hat selbst im Koalitionsvertrag vereinbart, dass die privaten Eigentümer den Rückbau finanzieren sollen.

Der entsprechende Vertrag mit den Betreibern des Forschungsreaktor THTR 300 wird zur Zeit verhandelt (Antwort vom 17.12.2012 von Minister Rempel auf die Anfrage der Piratenfraktion).

Der Rahmenvertrag mit dem Betreiber wird nicht offengelegt, unsere Anfrage wurde beantwortet mit „Aus dem Kreis der Vertragspartner hat ein Vertragspartner die Weitergabe der vorerwähnten Unterlagen im Hinblick auf darin enthaltene Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse nicht gestattet. Daher können die erbetenen Unterlagen nicht übermittelt werden.“ (Antwort auf "Nachfragen zum Bericht THTR in Hamm-Uentrop (Vorlage 16/403)" vom 17.12.2013).

Kapitel: 20 020, Titel: 697 00

Ausgabenreduzierung 2013: 4 Mio. Euro

Ausgabenreduzierung nach 2013: 32,2 Mio. Euro



www.twitter.com/20piraten
www.twitter.com/20piratenLIVE
www.facebook.de/PiratenfraktionNRW
www.gplus.to/PiratenfraktionNRW

www.piratenfraktion-nrw.de